



Mai 1982

Noch ist nicht aller Tage Abend!

Alle Bürger unserer Stadt, die seit Jahren gegen die Startbahn-West auftreten, sind erschüttert und zornig über die ungeheure Waldvernichtung für die Flughafen-Piste. Jetzt, wo überall neues Grün zu sehen ist, spüren wir mit Schmerz den Raubbau hinter den Betonmauern.

Viele Bürger gehen jeden Sonntag dorthin, sie nehmen ihr Recht in Anspruch, so ihren Protest auszudrücken. Allerdings erwartet sie dort die zunehmende Härte der Polizei. Ständig wird der Wald unter Gas gesetzt, und Wasserwerfer treten beim geringsten Anlaß in Aktion. Neuerdings wurde beobachtet, daß man direkt mit Gasgranaten auf Demonstranten schoß. Ein junger Mann wurde dabei schwer verletzt.

Wir, die wir seit Beginn der Auseinandersetzungen für absolute Gewaltlosigkeit plädieren, verurteilen scharf die brutalen, gesetzwidrigen Polizeieinsätze.

Wir fordern deshalb erneut Gewaltfreiheit. Lassen wir uns durch niemand provozieren, aber nehmen wir unser Recht in Anspruch, auch an der Startbahntrasse zu demonstrieren. Nehmen wir Arbeitskollegen, Freunde, Verwandte und Bekannte mit. Zeigen wir das Unrecht, den Raubbau, die endlosen Betonmauern.

Beachten sollten wir dabei beim Hinwandern, daß wir unbedingt auf den Waldwegen bleiben. Niemand soll über die Wiesen gehen, Hunde müssen angeleint werden. Das Wild ist heute schon durch die Ereignisse total verschreckt. Es bleibt dabei:

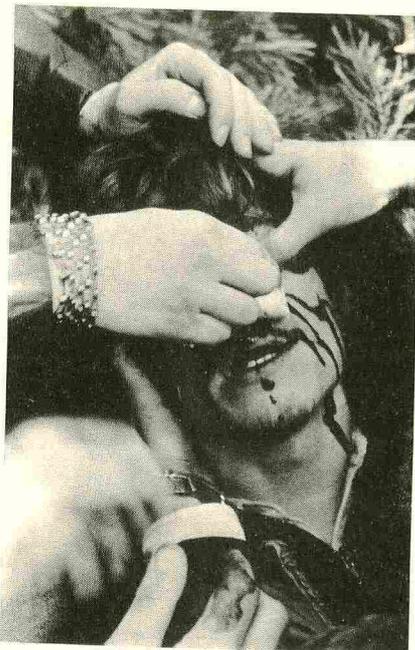
Noch ist nicht betoniert!

Noch ist nicht aller Tage Abend!

Wir werden unseren jahrelangen Widerstand nicht entwerten, indem wir total resignieren. Wir zeigen weiter unseren Protest. Jeden Sonntag!

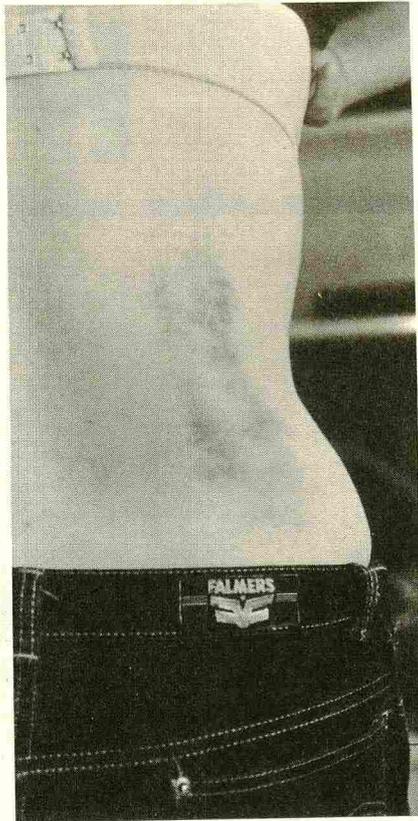
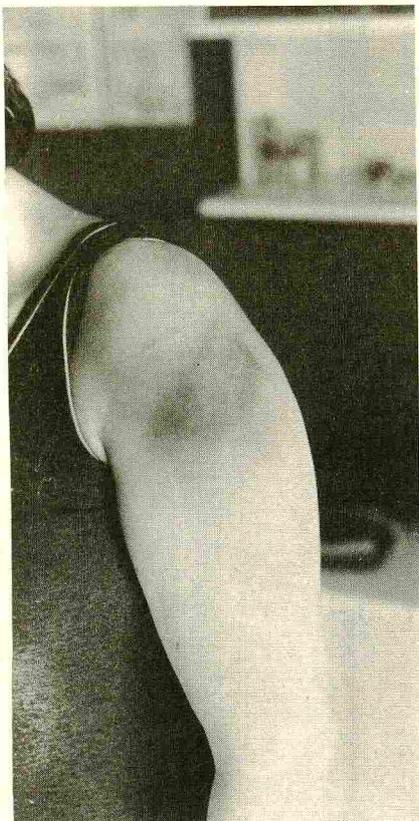


Jeden Sonntag – Spaziergang an der Startbahn-Mauer.



Gezielter Schuß mit einer Tränengaspatrone. Das Opfer, ein junger Mann, hatte Glück – er lebt! In den Auseinandersetzungen um den Flughafen Narita in Japan wurde ein junger Mann mit einer ähnlichen Waffe unter gleichen Umständen von einem Polizisten getötet. Die Patronen dürfen nicht mehr eingesetzt werden, hieß es. Wer aber ist für diese Eskalation verantwortlich? Die Frage ist klar zu beantworten. Der Mann heißt Ekkehard Gries und ist Innenminister in Hessen. Noch!

DER GRIES-PRÜGEL



Originalton Dregger

In einem „Quick“-Interview wird der CDU-Spitzenkandidat zur Landtagswahl Alfred Dregger nach der Startbahn-West gefragt. Dregger dazu:

„... ich sehe keinen Widerstand aus der Bevölkerung, sondern Krawalle von radikalen Minderheiten!“

Zeugnisse brutaler Polizeigewalt. Bei den Zusammengeschlagenen waren auch zwei Mörfelder Frauen. Über solche Polizeiübergriffe liest man allerdings in der überregionalen Presse kein Wort. Dort wird nur Stimmung gemacht gegen die Startbahn-Gegner.

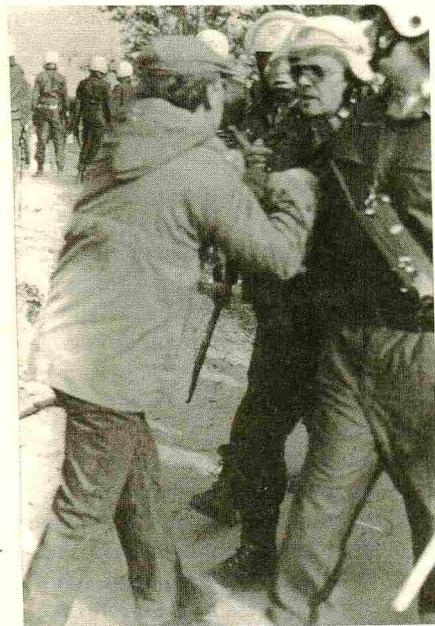


Immer aktiv. Walldorfer Frauen versorgen die Spaziergänger. Ihre Losung: „Ohne Mampf – kein Kampf.“



Potemkinsche Wälder

Das fehlte noch. In der Presse stand, die Demonstranten hätten an der Startbahn-Mauer den neuangelegten Wald zertrampelt. Daß Neuanpflanzungen aber gar keine Neuanpflanzungen sind, beobachteten Walldorfer Frauen. In Windeseile steckte nämlich eine Firma fast ausschließlich Stecklinge ohne Wurzeln. „Da geht nicht viel an“, meinte eine Sonntagsbesucherin und hielt den Betrug in die Höhe.



Auch der DKP-Stadtverordnete Rudi Hechler wurde verhaftet und geprügelt, als er gegen einen brutalen Polizeieinsatz protestierte. Seine Frau und seine Tochter waren ebenfalls bei den Zusammengeknüppelten.

„... und nichts
wird
vergessen!“

*Noch gibt
es das
Buch über
den Kampf
gegen
die Startbahn!*



...tschüs bis zum
VOLKSFEST'82

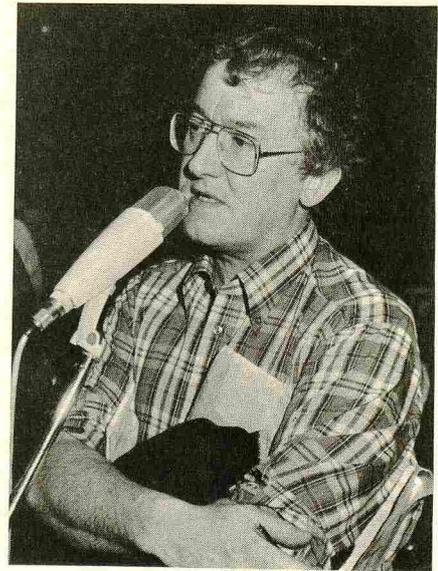
Von Mörfelden-Walldorf fährt
samstags ein Bus.

Fahrpreis: Erwachsene DM 20,-
Kinder DM 12,-

Rudi Hechler
DKP-Stadtverordneter

Landtagskandidat
der DKP

Mörfelden - Hochstr. 22
Telefon 22 362



„Ihr roten Schweine!“

Jeden Sonntag ziehen Tausende an die Startbahn, um gegen die ungeheure Naturzerstörung zu protestieren. Dabei die Bürger der Flughafenregion, viele junge Leute. Sie kommen immer wieder — trotz Wasserwerfer, Tränengas und Polizeiknüppel. Allein dies ist ein Beweis für die Stärke der Bürgerbewegung und sagt etwas aus über die Empörung der Bürger.

Die Polizei tritt den Protestierenden mit einer nie vorher erlebten Härte entgegen. Angesichts dieser Tatsache fällt es schwer, Menschen zu kritisieren, die in ohnmächtiger Wut Steine auf die Wasserwerfer schmeißen. Trotzdem ist zu sagen, Scharmützel mit der Polizei bringen nichts.

Wer aufmerksam die letzten Monate verfolgt hat, ist erschüttert über die Eskalation der Polizeigewalt. Da erzählt ein Innenminister, die DKP würde die Demonstranten bezahlen und schon gibt es Polizisten, die diesen Lügen glauben und die Bürger als „rote Schweine“ beschimpfen.

Da werden vollkommen ungesetzlich Blendschockgranaten, Peperfog-Geräte eingesetzt, da schießt man gezielt mit Tränengasgranaten auf einzelne Demonstranten und da gibt es trotzdem niemand, der diese Verbrechen ahndet. Da werden Leute geprügelt, weil sie fotografieren, andere festgenommen, weil sie ihre Wut hinausschreien und es gibt niemand, der dagegen einschreitet. Da werden Zivil-„beamte“ als „wilde Chaoten“ kostümiert eingesetzt, um die jeweils passenden polizeitaktischen Maßnahmen zu provozieren, aber es findet sich kein einziger Landtagsabgeordneter, der diese Maßnahmen kritisiert. Da bleibt doch nur die einfache Schlußfolgerung, daß in diesem Parlament die falschen Leute sitzen. Dort fehlt die Opposition, die unerbittlich nachfragt, die bereit ist, auch öffentlich Übergriffe und Vergehen anzuprangern.

Wer die Polizeigewalt am Flughafen erlebt hat, wer die menschenverachtende Einstellung einzelner Polizeiführer kennt, der wäre nicht verwundert, wenn morgen auch ein Befehl zum Schußwaffeneinsatz befolgt würde.

Dies ist heute die ernste Lage in der Flughafenregion. Es scheint notwendig, daß nicht nur hier Empörung herrscht, denn was die Polizeiführung heute dort erprobt, kann morgen schon gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden.

Keinen Saal für Legionäre!

Seit Jahren gibt es in unserer Stadt „Kameradschaftstreffen“ ehemaliger Fremdenlegionäre — dies war der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

Der Legionärs-„Zapfenstreich“, das Hisen der Legionärsfahne vor der Stadthalle in Walldorf, haben jetzt viele Bürger nachdenklich gemacht.

Einige Fremdenlegionäre gingen beim „Traditionstreffen“ in Walldorf mit brutaler Gewalt gegen junge Leute vor, die mit einem Schild gegen die Zusammenkunft protestierten. Der Stadtverordnete Herbert J. Oswald wurde tätlich angegriffen, ein junges Mädchen wurde gewürgt, einem Fotografen der Film aus der Kamera gerissen.

Es bleiben Fragen: Um welche „Traditionen“ ging es in der Stadthalle? Die Fremdenlegion ist mit grausamer Härte gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in Algerien, Djibouti und Indochina vorgegangen. Sie hat dafür in aller Welt Söldner geworben. Bei der Anwerbung ging man nie pingelig vor.

Es wurden Kriegsgefangene verpflichtet, die sich davon bessere Ernährung erhofften. Angeworben wurden vor allem aber auch Abenteurer und Kriminelle, die sich damit der Strafe im Heimatland entzogen.

In der Bundesrepublik Deutschland verbietet § 109 h des StGB die Anwerbung von Söldnertruppen.

Während Bundeswehrosoldaten sofort disziplinarisch bestraft werden, wenn sie in Uniform an Maikundgebungen des DGB teilnehmen, tummelten sich in der Stadthalle Walldorf auch einige hochdekorierte Bundeswehroffiziere. Dies betrachten wir als einen Skandal

mit bundespolitischer Dimension. Leider begrüßte auch Bürgermeister Brehl Teilnehmer der Veranstaltung. Wir halten dies für leichtfertig und unüberlegt.

In einem Schreiben an den Magistrat hatte die DKP-Fraktion sofort nach dem Treffen verlangt, daß dieser ehemaligen Söldner-Truppe keine städtischen Räume mehr zur Verfügung gestellt werden. Wie wir erfuhren, will

„Ich hoffe, dies kommt nicht mehr vor!“

In der „Frankfurter Rundschau“ fanden wir folgenden Leserbrief von Martin Kessel, Walldorf, Taunusstraße 17:

„Die wenigsten Mitbürger unserer Stadt, so konnte ich in den letzten Tagen wiederholt feststellen, wissen Näheres über die Fremdenlegion. So zum Beispiel auch nicht, daß sie eine Söldnertruppe des französischen Staates ist, die bis zum heutigen Tage eingesetzt wird, um Aufstände in der sogenannten Dritten Welt niederzuschlagen oder/und um Freiheitsbewegungen in den (ehemaligen) Kolonien Frankreichs zu unterdrücken.

In Indochina (später Vietnam-Krieg genannt), in Algerien und noch heute in Tschad, immer waren die Fremdenlegionäre die Bluthunde zur Sicherung französischer, auch europäischer, Interessen. Rekrutiert hat sich die Fremdenlegion aus Männern, die freiwillig gern Soldat werden wollten oder weil die Betroffenen Grund hatten „unterzutauchen“, das heißt, sie wurden wegen bestimmter Delikte in ihrem Heimatland gesucht. Über die

man den „Fremdenlegionären“ am 3. Dezember jedoch erneut einen Saal zur Verfügung stellen.

Um dies zu verhindern, bringt die DKP diese Angelegenheit jetzt vor die Stadtverordnetenversammlung. Im DKP-Antrag wird verlangt, daß künftig keine Räume mehr zur Verfügung gestellt werden.

Sollte die Ablehnung nicht erfolgen, dann meldet die DKP schon jetzt vorsorglich für den 3. Dezember eine Demonstration vor der Stadthalle an.

Hälfte der Söldner kommt dabei aus der Bundesrepublik. Warum ist nun Walldorf ein Ort für ein Traditionstreffen dieser schändlichen Sondereinheit des französischen Militärs? Weder kommen aus Walldorf besonders viele Söldner, noch gab es sonst irgendwelche historische Verbindung. Was bindet also Mörfelden-Walldorf an die Fremdenlegionäre außer dem Mietvertrag? Nichts!

Da ich mich persönlich für den deutsch-französischen Jugendaustausch engagiere, ist es mir unerfindlich, warum Bürgermeister Brehl diese Soldaten begrüßte (wobei es unerheblich ist, ob es ehemalige oder aktive Soldaten sind, und ob dabei irgendwelche „Würdenträger“ aus bekannten Motiven ebenfalls zugegen sind). Besser hätte es Brehl angestanden, die Ostermarschierer vierzehn Tage zuvor am Walldorfer Bahnhof zu begrüßen. Auch für diejenigen, die sich aktiv für die sogenannte Dritte Welt in unserer Stadt engagieren, zum Beispiel jährlich einen Bazar organisieren, ist es geradezu ein Hohn, daß diese Fremdenlegionäre bei uns willkommen geheißen wurden. Ich hoffe, dies kommt nie wieder vor.“



Smoking, Abendkleid und Kasinouniform sollten uns nicht verwirren. In der Stadthalle traf sich eine berühmte Söldner-Truppe. Dabei Bundeswehroffiziere aller Waffengattungen. Dieses Militaristenspektakel darf sich nicht wiederholen.

Keine Bedenken

In einem Brief Bürgermeister Brehls an die DKP-Fraktion vom 4.5.82 heißt es u.a.:

„Seitens des Magistrats bestehen keine Bedenken gegen die von der Vereinigung ehemaliger Fremdenlegionäre für den 3.12.82 angemeldete Veranstaltung in der Stadthalle Walldorf...“
Bleibt anzumerken, daß die demokratische Öffentlichkeit unserer Stadt durchaus „Bedenken“ hat und in der Lage ist, aktiv dem neu geplanten Söldnertreffen entgegenzutreten.

Ein Beispiel schaffen!

Die DKP-Fraktion hat den Antrag gestellt, die Stadt Mörfelden-Walldorf zur „Atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Mit diesem Antrag nahmen wir die Initiative junger Bürger unserer Stadt auf, die an alle Fraktionen diesen Wunsch herangetragen hatten. Mittlerweile wurden wir gefragt: „Sind Kommunalpolitiker für einen solchen Antrag überhaupt zuständig?“

Hier haben wir keine Bedenken. Wir sehen in einem solchen Beschluß eine Absichtserklärung von hohem politischen Symbolwert. Angesichts des atomaren Wettrüstens in West und Ost, angesichts des drohenden Stationierungstermins neuer Mittelstreckenraketen in unserem Land, angesichts der nicht mehr zu übersehenden anwachsenden Kriegsgefahr, halten wir uns auch als Kommunalpolitiker befugt und berechtigt, solche Zeichen zu setzen.

Im übrigen wird die Idee „Atomwaffenfreie Zonen“ zu schaffen, nicht nur von uns vertreten. Nach erstem Überblick haben bereits 200 Städte Europas solche Beschlüsse gefaßt. In der Bundesrepublik wurden solche Initiativen bisher

von Sozialdemokraten, Grünen, der DKP und vielen Friedensgruppen vertreten.

Interessant sind aktuelle Beschlüsse der Nürnberger Kommunalpolitiker. Dort hatte die „Grüne/Unabhängige Stadtratsgruppe“ am 12.2.1982 einen ähnlichen Antrag gestellt.

Nach langen Debatten, die SPD-Frak-

Beispiel England:

Atomwaffenfreie Grafschaft

MOLD, 24. Februar (AP). Der Kreistag der walisischen Grafschaft Clwyd hat am Dienstag Wales zum ersten atomwaffenfreien Land Europas erklärt. Nach den sieben anderen Grafschaften hatten die Kreisverordneten von Clwyd zuvor beschlossen, innerhalb ihrer Grafschaft Atomwaffen weder herstellen noch lagern zu lassen. Die Beschlüsse haben jedoch nur symbolische Bedeutung, da sie durch die britische Regierung jederzeit wieder aufgehoben werden können.

FR 26-02-82

tion hob den Fraktionszwang auf, gab es am 3. März zwei Beschlüsse:

- Der Stadtrat ist entschlossen, keine Maßnahmen, die der Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen dienen, zu unterstützen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, ob in der Gemarkung A-Waffen vorhanden sind. Wenn ja, wird die Verwaltung beauftragt, mit den zuständigen Stellen mit dem Ziel zu verhandeln, diese Waffen abzuziehen.

Interessant ist auch ein alter Beschluß der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vom 10.4.1958. (Damals gab es allerdings in Bonn und Frankfurt andere Mehrheitsverhältnisse.)

Auf Antrag der SPD-Fraktion (Möller) und der FDP-Fraktion (Mischnick) wurde damals folgender Beschluß gefaßt:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, allen Plänen zur Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main entschlossen Widerstand entgegenzusetzen. Jede Unterstützung der Pläne durch Bereitstellung von Grundstücken oder Versorgungsleistungen in jeder Form ist abzulehnen.“

Wie man sieht, haben auch Kommunalpolitiker die Möglichkeit, sichtbare Zeichen zu setzen.

Die wichtigste Frage unserer Zeit

Ich halte die Frage ‚Krieg oder Frieden‘ für die wichtigste Frage unserer Zeit. Gerade die aktuelle Situation zeigt, wie schnell Konflikte zu Kriegen ausarten können. Kriege, in denen ganze Länder und Völker innerhalb weniger Stunden ausgerottet würden. Angesichts dieser Tatsachen kann es zur Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz keine Alternative geben. Jeder Versuch, trotzdem durch die Drohung mit militärischer Stärke oder durch eine Rückkehr zur ‚Kanonenboot-Diplomatie‘ anderen Völkern seinen Willen aufzuzwingen, ist ein Spiel mit Millionen von Toten. Der Frieden kann nur durch Entspannung und Abrüstung gesichert werden. Jedes neue Waffensystem, das eingeführt wird, jede neue amerikanische Mittelstreckenrakete, die man bei uns stationiert, ist eine direkte Bedrohung unseres Lebens. Selbst im günstigsten Fall, wenn diese Waffen nie zum Ein-

satz kämen, bedrohen sie uns durch die wahnwitzigen Kosten für ihre Entwicklung, Stationierung und Unterhaltung.

Gelder, die dringend benötigt werden im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel oder im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Der Kampf gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen ist nicht nur ein Kampf um das nackte Überleben, sondern gleichzeitig ein Kampf für ein menschenwürdiges Leben in sozialer Sicherheit.

Zur Durchsetzung und Sicherung der politischen Entspannung und der militärischen Abrüstung brauchen wir in der gesamten Bundesrepublik eine Bewegung, wie wir sie in unserer Stadt gegen die Startbahn-West haben. In der Forderung nach einer Atomwaffenfreien Zone sehe ich die Möglichkeit, noch mehr Menschen für den Frieden zu mobilisieren und zu eigener Aktivität zu bewegen.

Heinz Passet, Vorsitzender des DGB-Ortskartells Mörfelden

Reagan-Wolken?

NIEMALS!

Demonstration gegen den Reagan-Besuch am 10. Juni!

Von Mörfelden-Walldorf fährt ein Bus nach Bonn.

Der alte Trott geht weiter

Der SPD-Parteitag ist vorbei und der alte Trott geht weiter. Wir beobachteten das Geschehen aufmerksam, weil die SPD Regierungspartei ist und uns nicht gleichgültig sein kann, was deren Parteitag an Aussagen für die Gegenwart und Zukunft trifft.

Der Raketenbeschluß

Erneut wurde dem Parteitag ein Raketenbeschluß abgenötigt. Die „Argumente“ hierfür waren; daß ein Verzicht auf die Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land die Genfer Verhandlungen „stören“ würde, daß die SPD aus der Regierung fliegen würde und sie keinen Partner im In- und Ausland fände, die BRD würde sich im Westen isolieren. Dann komme die Stunde von Strauß, Schmidt, den die Wähler als „Friedenskanzler“ wählten, griff in die antikommunistische Kiste und setzte die UdSSR mit der „aggressiven Hitler-Diktatur“ gleich.

Dazu ist zu sagen:

Nicht Isolierung würde die BRD treffen, sondern weltweite Hochachtung, wenn der Kanzler durch die nationale Verweigerung gegenüber den neuen US-Raketen deutlich machte, „daß von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehen wird“. Sind die 300.000 Demonstranten vom 10.10.81 in Bonn, die 480.000 Ostermarschierer, die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft keine Partner, mit denen und für die man Politik machen kann und auch Unterstützung erhält?

Sozialabbau

Mit der Unterstützung der Regierungspolitik durch den Parteitag wurde bekräftigt, daß die SPD mit den Gesetzen und Verordnungen einverstanden ist, die soziale Härten für Millionen Menschen bedeuten. Die Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose, das Ansetzen des Rotstifts bei den Leistungen für Alte und Kranke, die Verringerung der Zuschüsse an die Kommunen, sind nur einige Beispiele für die unsoziale Politik, die von Bonn ausgeht.

Dazu ist zu sagen:

Mit der Hochzinspolitik, den Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose, der Kürzung von Sozialleistungen etc. schafft man ein Klima, in dem auch Lohnerhöhungen weit unter der Inflationsrate möglich werden, wo Entlassungswellen wegen Mangel an Kaufkraft und Inlandsnachfrage über uns hinweggehen. Dies ist in der Tat keine Bewältigung, sondern eine Verschärfung der Krise. Es hätte dem Parteitag gut gestanden, sich die Forderungen der Gewerkschaften zu eigen zu machen, die höhere Löhne und antizyklische Investitionen fordern. Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Investition gibt es genug. Wohnungsbau, Nahverkehr, Umweltschutzeinrichtungen bis Städtesanierung sollen hier als Beispiele genügen.

Beschäftigungspolitik

Die SPD-Führung schaffte es, den Zusammenhang von Rotstift und Rüstung zu verschleiern und zu ignorieren. Allein mit dem Hinweis auf die „Gemeinschaftsinitiative“ der Bundesregierung wurde das Thema Krise und Arbeitslose abgehandelt, mit der Aussage, daß die Lage nicht so schlimm sei, wie sie oftmals geschildert wird, daß die Schuld die kritische und krisenhafte Weltlage, die

Rohstoffknappheit, die geburtenreichen Jahrgänge und nicht zuletzt der Koalitionspartner trage. Die Ergänzungsabgabe und die Erhöhung der Mehrwertsteuer solle zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms dienen.

Dazu ist zu sagen:

Fünf Millionen Menschen haben die Geißel der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr am eigenen Leibe gespürt; jene nicht mitgezählt, die als Ehemann oder -frau, als Tochter oder Sohn, als Vater oder Mutter mit in diesen Strudel gezogen wurden. Die Arbeitslosigkeit beseitigen heißt auch, über den Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu sprechen, ebenso über die Herabsetzung des Rentenalters, die Gesetze zur Berufsausbildung junger Menschen endlich verabschieden, das zehnte Schuljahr einrichten. Die Geldmittel könnten beschafft werden durch die Ergänzungsabgabe für Großverdiener, Abbau von Subventionen und Steuervorteilen für Unternehmer und Vorgehen gegen Steuerbetrug. Dagegen ist aber vieles im Programm der SPD, das allein neue soziale Belastungen der breiten Bevölkerung zur Folge haben wird. „Solidarität“ heißt das Zauberwort, und das bedeutet nach dem SPD-Antragsalphabet buchstabiert, daß die kleinen Leute mit Arbeit „Opfer“ bringen sollen für die kleinen Leute ohne Arbeit. Also neue Massenbelastungen. Für die Leute mit dem großen Geld soll es weiter und noch mehr „Ermunterung“ für Investitionen geben – sprich weitere Milliardenbeträge, ohne daß klar kontrollierbar wäre, daß mit dem Geld auch wirklich dauerhaft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Folgt man den Worten des „Machers“ Helmut Schmidt, so sollte auf dem SPD-Parteitag „ein neuer Anfang“ gemacht werden. Doch heraus kam ein Raketenbeschluß und die Fortsetzung der Hochrüstung. Arbeit und Moneten, das geht nur auf Kosten von Raketen.

Rudolf Dötsch

DISKUSSION

IN WALLDORF

Schwerter zu
Pflugscharen

FREITAG

4. JUNI 1982

19.30 UHR

STADTHALLE



Auch in diesem Jahr war die 1. Mai-Kundgebung des DGB im Bürgerhaus gut besucht. Wie immer gab es eine künstlerische Umrahmung, die von den Mörfelder Vereinen gestaltet wurde. Der Mai-Redner Berthold Balsler, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier, übte Kritik an der SPD: „Die Partei ist nicht mehr in der Lage, die Sorgen und Nöte der Arbeiter und Angestellten aufzugreifen, geschweige denn, sie in konkrete Politik umzusetzen!“ Nach der Kundgebung gab es die traditionelle Abschluß-Demonstration zum „Dalles“.

„Nichts kommt von selbst“

Nichts kommt von selbst – nicht der Krieg und erst recht nicht der Frieden. Du mußt etwas tun für den Frieden! Diese Losung steht auf einem Plakat, das ich von einer Informationsreise durch Dänemark mitgebracht habe. Außer mir waren noch vier weitere DKP-Abgeordnete Gäste der Dänischen Kommunistischen Partei.

Bei allen Gesprächen, die wir dort führten, spielten die Fragen Rüstung, atomare Bewaffnung, die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und besonders in der Bundesrepublik eine große Rolle. Die dänische Regierung ist in einigen ihrer Entscheidungen durch die unserer Bundesregierung beeinflusst. Deshalb will die Friedensbewegung in Dänemark möglichst viele Leute nach Bonn mobilisieren, wenn am 10. Juni US-Präsident Reagan auf der NATO-Rats-Tagung spricht.

Es wurde immer wieder deutlich, welche große Hoffnung unser nördliches Nachbarvolk in die Friedensbewegung unseres Landes setzt. Immer wieder wurden wir gefragt, ob es bei uns in der BRD eine einheitliche Friedensbewegung gibt. Die dänische Friedensbewegung wird zwar ständig größer und breiter, ist aber gespalten. Das bedeutet, so wurde uns gesagt, eine Schwächung gegenüber der Regierung.

Die verschiedenen Gruppierungen arbeiten jedoch in wesentlichen Fragen zusammen. Besonders auf örtlicher Ebene gibt es viele gemeinsame Aktionen.

In allen skandinavischen Ländern, Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark, ist eine der Hauptforderungen: „Ein kernwaffenfreier Norden“. Diese Forderung wird von der gesamten dänischen Friedensbewegung unterstützt. Das gesteckte Ziel war, bis 1. Mai 250.000 Unterschriften zu sammeln. Bis Mitte April waren bereits 180.000 gesammelt. Wir konnten uns davon überzeugen, wie die Aktiven von Haus zu Haus gingen und wie groß die Bereitschaft der Bevölkerung ist, dafür zu unterschreiben.

Weitere Forderungen sind: „Dänemark soll kein vorgeschobener Posten der NATO gegen den Osten werden“ und „Keine fremden Truppen auf dänischem Boden“.

Die große Bewegung „Frauen für den Frieden“, die ebenfalls in den skandinavischen Ländern besteht, wird auch von dänischen Frauengruppen unterstützt. Zum Beispiel fahren Frauen mit dem Fahrrad aufs Land und sammeln

Unterschriften für einen atomwaffenfreien Norden.

Wie in Dänemark, so gibt es auch bei uns im Land vielfältige Aktionen für den Frieden. Genannt seien hier nur die große Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn mit ca. 300.000 Teilnehmern, der Krefelder Appell, den schon drei Millionen Bundesbürger unterschrieben haben und die Ostermärsche in diesem Jahr. Wie in Dänemark so wird auch in unserem Land für „Atomwaffenfreie Zonen“ gekämpft. Auch in unserer Stadt steht ein Antrag zur Debatte.

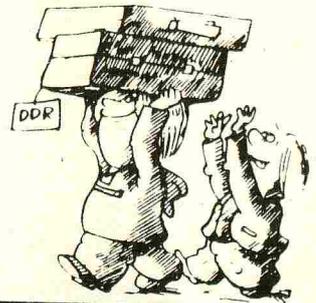
In Mörfelden und Walldorf ist die Bevölkerung für solche Fragen sehr aufgeschlossen, das beweisen die Teilnehmerzahlen an verschiedenen Friedensaktionen. Deshalb muß, was anderswo möglich ist, auch hier bei uns möglich sein, man muß es nur wollen!

Waltraud Träger, DKP-Stadtverordnete

Fröhliche
Kinderferien im
Kinderferienzentrum
"Thomas Müntzer"
Rathsfeld/DDR

4. - 20. Juli 1982
100,- DM
für 17 Tage

Auskunft:
Cornelia Hechler
Feldstraße 38
Telefon 1430



Vereine werden unterstützt

Vereinsarbeit soll unterstützt werden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung war eine heiße Diskussion entbrannt um das Thema Vereinsbezuschungsrichtlinien. Anlaß war ein Antrag der CDU, der eine Bezuschussung von Reparaturen von vereinseigenen Sportstätten und sonstigen Einrichtungen von 20 % zum Inhalt hatte. Dieser Passus sollte die derzeitige Regelung ablösen: „Mit dem jährlichen Zuschuß sind die anfallenden Aufwendungen für Reparaturen und Renovierungsarbeiten abgegolten.“ Die anderen drei Fraktionen lehnten diesen Antrag einhellig ab. Die DKP vertrat die Meinung, daß man nicht Ausgaben beschließen könne, deren Höhe man nicht abschätzen könne. Wie jeder private oder wirtschaftliche Eigentümer müßten auch die Vereine für etwaige Reparaturen und Renovierungen Rücklagen bilden. Man kann nicht gleichsam einem Füllhorn Geld ausgeben, obwohl man wisse, daß das Füllhorn nicht gefüllt ist. Gleichwohl sei den Vereinen auch weiterhin zu helfen. So setzten wir uns bei der letzten Etatberatung dafür ein, daß die Vereinszuschüsse nicht gekürzt wurden. Ausgehend von der genannten Diskussion des Parlaments richten wir folgende Anfrage an den Magistrat:

„Wie ist der Stand von Vereinsheimen, Sporthallen etc. und langlebigen Geräten der Vereine? Welche Investitionen sind kurz-, mittel- und langfristig zur Substanzerhaltung notwendig? Wie ist das Verhältnis der Einnahmen der Vereine zu ihren Aufwendungen? Begründung: Ausgehend von der Auseinandersetzung des Stadtparlaments aus Anlaß des CDU-Antrages 8/107, möchten wir eine Basis für künftige Diskussionen schaffen. Seitens der Stadtverwaltung sollte zur Beantwortung der gestellten Fragen eine Rundfrage bei den einzelnen Vereinen gemacht werden, und die Angaben sollten von einem Sachverständigen (Baufachmann) geprüft werden.“

So vorbildlich unsere Vereinsbezuschungsrichtlinien sind, so muß man doch auch erkennen, daß es Unterschiede von Verein zu Verein gibt. Es gibt mehr oder weniger aufwendige Sportarten und es gibt Vereine mit eigenen Sportstätten und Vereine, die städtische Sportstätten und -geräte benutzen. Ob man mit einer Modifizierung der Zuschußrichtlinien die letzte Gerechtigkeit schafft, wagen wir zu bezweifeln, doch versuchen kann man es.

R.D.

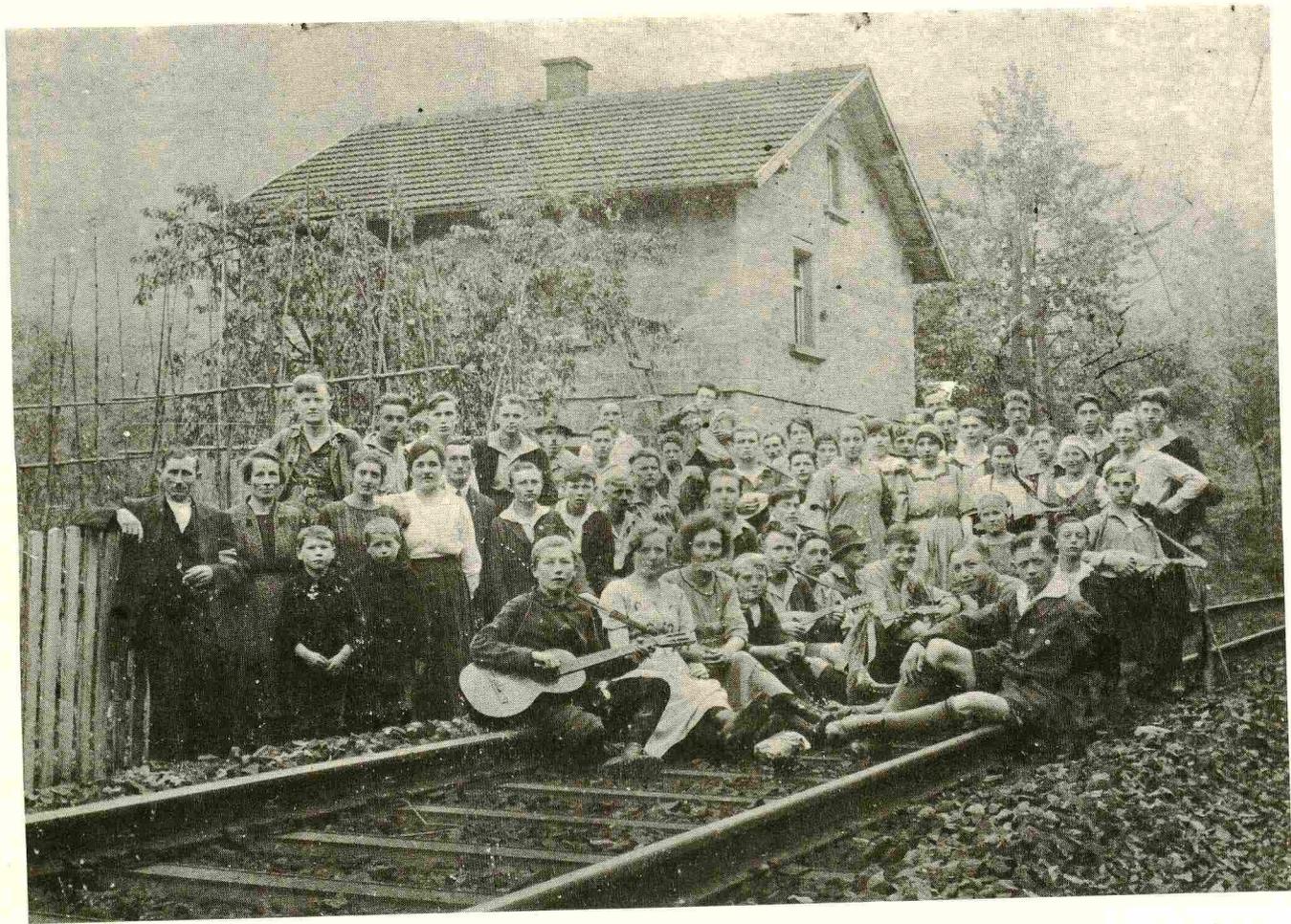
Reisebericht

Über seine UdSSR-Reisen berichtet Gottlieb Schroth, Landwirt auf der Hessenaue.

Am Mittwoch, 26.5.82, 20 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden.

Alle Bürger sind herzlich eingeladen.

...meine Zeitung!



Mörfelden gestern

Maienzzeit — Wanderzeit, auch schon vor 59 Jahren. Unser Bild entstand anlässlich einer Wanderung der Mörfelder Naturfreunde zum Neckar, Pfingsten 1923. Es zeigt im Hintergrund das Bahnhofhaus bei der Gaymühle. Viele bekannte Gesichter sind zu erkennen. Nur wenige weilen noch unter uns. Pfingstwanderungen der Naturfreunde waren immer ein großes Ereignis, wenn man mit Gitarren und Mandolinen hinaus zog. 1920 gegründet, hatte der Verein 1922 bereits 130 Mitglieder und errichtete im damaligen Schulhof, jetzt samstäglich Marktplatz, in Mörfelden ein Heim aus einer alten Militärbaracke. Aber bereits 11 Jahre später, 1933, wurde der Verein von den Nazis verboten, sein Vermögen beschlagnahmt und seine Funktionäre verhaftet.